

Antwort der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine des Deutschen Verbandes Ergotherapie

1. Ab wann ist eine schulgeldfreie Ausbildung in Sachsen-Anhalt umsetzbar?

Die Therapieberufe leisten einen wichtigen Beitrag für die Sicherung der Gesundheitsversorgung. Angesichts der demografischen Entwicklung in Sachsen-Anhalt und der immer anwachsenden Multimorbidität von Patient*innen wird der Bedarf an therapeutischen Leistungen weiter steigen. Die Gewährleistung stellt besonders im ländlichen Raum eine immer größere Herausforderung dar. Deshalb muss die Attraktivität des Berufsbildes gesteigert werden. Dafür sind bessere Ausbildungsbedingungen erforderlich, wozu unbedingt die Schulgeldfreiheit zählt. Für uns ist dieser Schritt längst überfällig.

2. Welche bildungspolitischen Weichenstellungen wären Ihnen hierbei wichtig, um auf europäischer und internationaler Ebene vergleichbare Abschlüsse zu schaffen?

Wir werden uns auf Bundes- und Landesebene in der kommenden Legislaturperiode für eine zügige Neuordnung der Therapieberufe und die perspektivische Akademisierung einsetzen. Neben einer validen Bedarfsermittlung müssen die Ausbildungsbedingungen an den Hochschulen und die Einsatzfelder klar geregelt werden. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass den Hochschulen die für die Einrichtung der entsprechenden Studiengänge notwendigen Mittel zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.

3. Welche Rolle spielt für Sie zukünftig die Berücksichtigung therapeutischer Angebote im Schulalltag, um allen Kindern die Chance zu bieten, eine optimale Förderung innerhalb der Schule zu erhalten?

Jedes Kind bringt individuelle Voraussetzungen mit, denen bei Bildung und Erziehung in der Schule auch entsprechend Rechnung getragen werden muss. Um allen Kindern gleiche Möglichkeiten zu eröffnen. Um diesem Anspruch künftig besser gerecht zu werden, müssen in den Schulen multiprofessionelle Teams aus Lehrkräften, pädagogischen Mitarbeiter*innen, Schulsozialarbeiter*inne und Therapeut*innen zum Einsatz kommen. DIE LINKE hat schon mehrfach beantragt, entsprechende Konzepte zu entwickeln und die Voraussetzungen für einen solchen Personaleinsatz zu schaffen. DIE LINKE wird ihre Aktivitäten in der kommenden Legislatur fortsetzen und verstärken, um den Unterstützungsbedarf der Kinder und Jugendlichen in der Schule seriös zu erfassen und durch entsprechende Angebote für Chancengerechtigkeit zu sorgen.